

UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
10. 11. 1966
10. JG. 33 603
15 PFENNIG

45

Der nächste notwendige Schritt

In unserer Ausgabe vor zwei Wochen brachten wir den letzten Teil der Artikelreihe zu dem vom westdeutschen Wissenschaftsrat im Juni dieses Jahres vorgelegten „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an wissenschaftlichen Hochschulen“, in dem wir die in der Überschrift gestellte Frage „Cui bono?“ dahingehend beantworteten, daß diese Empfehlungen ein Programm der Monopole sind, mit dem sie die Wissenschaft in ihrem Interesse staatsmonopolistisch zu formieren und zu rationalisieren trachten, mit dem sie die in der wissenschaftlich-technischen Revolution herangereiften Probleme der Wissenschaftsentwicklung im Sinne eines kleinen Teils der Gesellschaft zu lösen versuchen. Die dabei auftretenden Widersprüche – so hätten wir nachgewiesen – sind „letztlich nicht anders als Ausdruck des in dieser Gesellschaftsordnung unlösbaren Widerspruchs zwischen der immer höheren Vergesellschaftung der Produktion und der unverändert privaten Aneignung ihrer Ergebnisse. Die historische Unmöglichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der sozialistischen macht auch vor Wissenschaftsentwicklung und Bildungssystem nicht halt.“

Man muß die Klarheit, mit der Walter Ulbricht in seiner Festansprache zum Jubiläum der Technischen Universität Dresden die bisherige folgerichtige Entwicklung unseres Hochschulwesens umriß und daraus die nächsten notwendigen und möglichen Schritte seiner Weiterentwicklung ableitete, im Kontrast zu diesen klaffenden Widersprüchen samt dem Widerstreit der Mächte im Dschungel der Monopolinteressen und dem süchtigen Streben nach den immer karger werdenden oder – immer stärker an Dienste für die Aggressionspolitik gebundenen finanziellen Mitteln als besonders wohlwollend und im besonderen Maße als Ausdruck der Kontinuität und Gradlinigkeit unserer Entwicklung empfinden. – Einer Entwicklung, die nicht zuletzt in der ausgiebigen und vielseitigen Diskussion unserer Hochschulprinzipien ihren demokratischen Charakter dokumentiert und auch in dieser Hinsicht zu der hektischen Eile bei der diktatorischen Formulierung des westdeutschen Hochschulwesens deutlich kontrastiert.

Wenn es in der westdeutschen Publizistik deutliche Bemühungen gab, Gemeinsamkeiten zwischen den „Empfehlungen“ des Wissenschaftsrates und unseren „Prinzipien“ zu entdecken, so kann man das nur als den tollsten Versuch ansehen, den Blick dafür zu verschleiern, daß in Deutschland auf verschiedenen Fundamenten, mit völlig entgegengesetzten Zielen Hochschulpolitik betrieben wird. Bei uns in dem Sinne, wie es Walter Ulbricht in Dresden aussprach:

„Die vielfältigen Überlegungen, Vorschläge und begonnenen Experimente zur weiteren zielstrebigsten Verbesserung der Ausbildung hochqualifizierter, unserem sozialistischen Staat treu ergebener junger Wissenschaftler zur Herausbildung eines hohen fachlichen Niveaus in Lehre und Forschung, zur Vervollkommnung der Leibung und Struktur unserer Hochschulen sind Ausdruck der schöpferischen Teilnahme aller Mitarbeiter der Hochschulen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR.“

Zugleich aber legt die bei uns der Wissenschaft entgegengebrachte hohe Aufmerksamkeit und Wertschätzung, die ihrer objektiven Rolle beim umfassenden Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution entspricht, allen Wissenschaftlern, Studierenden und allen im Dienste der Wissenschaft Tätigen die Verpflichtung auf, diese mächtige Produktivkraft, bestmöglich zur allseitigen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik einzusetzen. Das heißt zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor allem, zu überlegen, wie die entsprechend der Diskussion überarbeiteten und ergebnisreichen Hochschulprinzipien in den einzelnen Bereichen unseres Hochschulwesens verwirklicht werden können. Das heißt jetzt, den nächsten notwendigen Schritt in der bisherigen Folge konsequenter Schritte in der Entwicklung von Wissenschaft und Hochschulwesen in der DDR zu tun. Unsere Erfolge auf dem Gebiet der Wissenschaftsentwicklung und des Hochschulwesens“, sagte Walter Ulbricht, „beruhen darauf, daß wir in unserer Politik stets von einer allseitigen und objektiven Analyse der konkreten Bedingungen in Deutschland ausgegangen sind und im Verlaufe der vergangenen 20 Jahre mit der demokratischen Hochschulreform, der Umgestaltung der Universitäten und Hochschulen zu sozialistischen Bildungstätigkeiten des Volkes und anderen Maßnahmen die jeweils notwendigen Schritte für die Entwicklung der Wissenschaft



WALTER ULBRICHT IN DRESDEN:

In der Neufassung der „Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“, die das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen vorgelegt hat, sind die vielfältigen aus prognostischer Einschätzung der Entwicklung und praktischer Erfahrung resultierenden Vorschläge der Wissenschaftler, Assistenten und Studenten eingeflossen.

Damit ist das jetzt vorliegende Dokument das grundlegende Programm zur Durchführung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem auf dem Gebiet des Hochschulwesens. Es ist gleichzeitig ein Ausdruck unserer lebendigen sozialistischen Demokratie, denn sein Entstehen und seine vor uns liegende planmäßige Verwirklichung zeigt, wie in unserem Staat Regierung und Wissenschaft, Staatsfunktionäre und Professoren, Hochschullehrer und Studenten in Übereinstimmung der Interessen gemeinsam die Planung der Perspektive von Ausbildung und Erziehung von Forschung und Leitung vornehmen.

Die in den „Prinzipien“ vorgeschlagenen Wege zur Neugestaltung des Studiensystems, der Festlegung der den einzelnen Phasen des Studiums zugeordneten Bildungsinhalte und Bildungsziele, die Gliederung des Studiums, die zu einer im Gesamtumriß der Ausbildung erhöhten Effektivität führen werden, entsprechen den Forderungen der Rationalisierungskonferenz an die Hoch- und Fachschulen.

Wir stimmen mit den Auffassungen erfahrener Hochschullehrer überein, daß mit diesem neuen Studiensystem ein hohes Niveau der wissenschaftlichen Ausbildung und der sozialistischen Erziehung erreicht werden kann. Mit der jetzt vorliegenden Neufassung der „Prinzipien“ werden auch für die weitere Entwicklung der Forschungsarbeit an den Hochschulen und Universitäten richtige Perspektiven gewiesen.

Zu unseren Bildern:

Walter Ulbricht wird von Angehörigen der TU und der Dresdener Bevölkerung beim Verlassen des Deutschen Hygiene-Museums, 100 der Festakt stattfand, herzlich begrüßt. Neben ihm der Rektor der TU, Prof. Dr. Lieselott Herforth, Besuch im Institut für Anwendung radioaktiver Isotope, Dr. Manfred Frank erklärte den Gästen ein vom Labormuster bis zur industriellen Fertigung entwickeltes Dosimeter.

Fotos: Zeitschrift (Kohler)

und der Hochschulen eingeleitet haben – im Interesse der Wissenschaft, des gesellschaftlichen Fortschritts und im Dienste des Volkes.“

Die Verwirklichung der „Prinzipien“ als des grundlegenden Programms zur Realisierung unseres Bildungsgesetzes auf dem Gebiet des Hochschulwesens und gleichsam auch als einer weitreichenden Rationalisierungskonzeption für Forschung, Ausbildung und Erziehung ist dieser jetzt fällige Schritt, denn sie entsprechen den Interessen der Wissenschaft, indem sie den Gesetzen der wissenschaftlich-technischen Revolution Rechnung tragen, sie dienen dem gesellschaftlichen Fortschritt, der in unserer Republik im umfassenden Aufbau des Sozialismus den objektiven Gesetzen der Geschichte folgt, und vermögen damit die Wissenschaft immer vollkommener dem Volke in Dienst zu stellen.

Welche Überlegungen und tatkräftige Veränderungen beispielsweise notwendig sind, um an unserer Universität entsprechend der Forderung Walter Ulbrichts, stärker als bisher

die schöpferischen Potenzen unserer Studenten auf die Teilnahme an wissenschaftlichen Forschungsaufgaben zu richten – ein wichtiger Weg, um den gekennzeichneten Anforderungen an einen Absolventen nahezukommen –, das verdeutlichen die auf Seite 4 unserer Ausgabe wiedergegebenen Antworten von Beststudenten auf Fragen unserer FDJ-Redaktion.

Sache der Mitglieder und Kandidaten unserer Partei sollte es sein – besonders in den gegenwärtig stattfindenden Parteiwahlen –, in engem Zusammenwirken mit allen Angehörigen ihres Bereichs zu analysieren, auf welchen Voraussetzungen gute Ergebnisse in der Forschung, der Lehrtätigkeit und der Erziehung gewachsen sind, welche geistigen Barrieren zum anderen noch einer zügigen Weiterentwicklung entgegenstehen und wie ihre Grundorganisation oder Abteilungs-Parteiorganisation durch höhere Wirksamkeit in der politisch-ideologischen Massenarbeit dazu beitragen kann, allen Mitarbeitern, allen Freunden bewußt zu machen, daß sie in ihrer

wissenschaftlichen Arbeit, in ihrem Studium oder in sonstigen Tätigkeiten an der Universität einen wesentlichen Beitrag zur allseitigen Stärkung der DDR zu leisten haben, daß sie – um einen Bogen zum Ausgangspunkt dieses Artikels zu schlagen – auf diese Weise auch den westdeutschen Wissenschaftlern und Studenten die geschichtlichen Zusammenhänge in Deutschland begreiflich machen.

Günter Lippold

(Günter Lippold)